

Bildungspolitik | 26.03.2021 | Nr. 125/21

Tobias von der Heide: TOP 18 u.a.: Schülerinnen und Schüler auch nach der Pandemie zusätzlich unterstützen

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

Testen, testen, testen!

Aktuell ist es das Beste, was wir tun können: Testen, testen, testen! Und ich bin unserer Bildungsministerin sehr dankbar, dass wir so schnell wie möglich flächendeckende freiwillige Testungen für Schülerinnen und Schüler auf den Weg gebracht haben. Wir haben jetzt diese Möglichkeit und wir sollten sie auch nutzen. Und ja, die Entscheidung, schnell zu testen, führt zu organisatorischem Aufwand, gerade für Schulleitungen und auch für Lehrkräfte. Und das verdient Anerkennung. Aber die Rückmeldungen, die ich erhalte, sind überwiegend positiv. Viele Schulen haben schon am Montag die gesamte Schülerschaft testen können. Herr Habersaat kennt bestimmt auch Schulen, die das nicht so positiv sehen. Aber das Entscheidende ist: Der viel schlechtere Weg wäre, wenn wir nicht testen. Wenn wir bis nach den Osterferien warten, bis jede Frage der SPD-Fraktion beantwortet ist. Jeder positive Test, der eine Corona-Infektion identifiziert, hilft uns, die Ausbreitung des Virus zu verhindern. Das muss unser Ziel sein und deshalb ist es richtig, dass seit Montag an den Schulen getestet wird.

Präsenzunterricht ermöglicht bestmöglichen Unterricht

Und das ist auch die Grundlage für unser wichtigstes Ziel in der Bildungspolitik: Dass die Schulen weiter offenbleiben und Präsenzunterricht stattfindet, wenn das Infektionsgeschehen das zulässt. Weil wir glauben, dass Präsenzunterricht zum bestmöglichen Unterricht führt. Und weil das der Weg ist, um Chancengerechtigkeit zu gewährleisten – gerade für Schülerinnen und Schüler, die weniger Unterstützung aus dem Elternhaus bekommen. Darum kümmern wir uns mit vielen Unterstützungsmaßnahmen: Mit dem Perspektivschulprogramm, mit dem Lernsommer, mit 7,8 Millionen Euro für den Vertretungsfonds für das laufende Schulhalbjahr, mit schon heute 40.000 Endgeräten für bedürftige Kinder und

Jugendliche und mit vielen weiteren Maßnahmen. Wir machen genau das, was sie in ihren Anträgen ansprechen, ganz ohne ihre Aufforderung.

Bildungsmilliarde ist richtig

In den kommenden Monaten müssen wir uns auch um das Thema Lernrückstände kümmern. Deshalb ist die Initiative der Bildungsministerin für eine Bildungsmilliarde in Zusammenarbeit mit dem Bund genau richtig. Gerade diejenigen, die in den kommenden 2 Jahren ihren Schulabschluss machen, brauchen Unterstützung. Dazu brauchen wir Partner. Das können Volkshochschulen oder soziale Träger sein, ich glaube aber auch, dass wir kommerzielle Nachhilfeinstitute mit einbinden sollten. Und wahrscheinlich ist das etwas, das uns nicht nur einmal in den Sommerferien begleiten wird, sondern auch innerhalb der Schuljahre ein Thema sein muss.

Gemeinsam erreicht man mehr – Austausch findet statt

Alles, was wir uns für Schule vornehmen, können wir nur gemeinsam erreichen. Zusammen mit dem Bildungsministerium, der Schulaufsicht, den Schulleitungen, den Lehrkräften und natürlich auch mit den Schülerinnen und Schülern und Eltern. Und selbstverständlich spielen die Elternbeiräte und Schülervertretungen dabei eine zentrale Rolle. Ich spreche fast jeden Tag mit Eltern- und Schülervertretern. Jede Woche haben wir Videokonferenzen, wo wir uns zu aktuellen Themen austauschen. Gestern waren die bildungspolitischen Sprecher zum Beispiel beim Kreiseltererbeirat der Kieler Schulen und haben zugehört, Themen mitgenommen und Fragen geklärt – 2,5 Stunden lang. Und genau das tut das Bildungsministerium mit verschiedenen Veranstaltungen und Formaten auch selbst.

Ausstattung muss geprüft werden

Und selbstverständlich kann man sich auch noch einmal die personelle und sachliche Ausstattung der Vertretungen angucken. Mein Eindruck ist, dass wir in Schleswig-Holstein eine gute Ausstattung haben. Das können wir auch noch einmal mit anderen Bundesländern vergleichen. Wichtiger als die Forderung nach einer Geschäftsstelle ist aus meiner Sicht, dass wir gucken an welchen Stellen es hapert. Das kann zum Beispiel das Thema Zugänglichkeit von Delegiertenlisten sein. Und da hilft am Ende weniger eine Geschäftsstelle, sondern mehr die Anpassung von schulgesetzlichen Regelungen zum Datenschutz. Genauso kann ein Zugang zu einem Server oder einem Videokonferenzsystem die Arbeit deutlich erleichtern. Gerade aktuell. Aber wie gesagt, das wollen wir uns sehr genau angucken und darüber im Bildungsausschuss sprechen.

Schülervertretung ist politische Bildung und Jugendbeteiligung

Eines ist mir aber auch noch einmal wichtig zu betonen: Schülervertretung ist auch ein Beitrag zur Stärkung der politischen Bildung und der Jugendbeteiligung. Genau das muss sich auch in der sachlichen und personellen Ausstattung widerspiegeln. Wir sollten uns noch einmal überlegen, ob man das Thema auch im Zusammenhang mit dem §47 f der Gemeindeordnung in Schleswig-Holstein noch besser unterstützen

kann.

Wir wollen die Interessen von Schülerinnen und Schülern sowie der Eltern ernst nehmen und vor allem auch berücksichtigen. Das übrigens nicht nur während der Corona-Pandemie.